

**BESCHLÜSSE DER
LANDESUMWELTREFERENTINNEN KONFERENZ**

Tagung
am
6. Juni 2014
in
Pamhagen/Burgenland

Beibehaltung der Zweckbindung der Altlastenbeiträge ab 2015

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, sich dafür einzusetzen, dass mit Auslaufen der Aufhebung der Zweckbindung für einen Teil der Altlastensanierungsbeitragseinnahmen mit Ende 2014 diese Mittel zukünftig wieder zu 100 Prozent für die Altlastensanierung zur Verfügung stehen, damit die erforderlichen Aufgaben im Bereich der Verdachtsflächen und Altlasten zeitgerecht umgesetzt werden können.

Mehrweggetränkeverpackungen

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ruft betreffend Mehrweg bei Getränkeverpackungen ihre gemeinsam in den Jahren 2010 bis 2013 gefassten Beschlüsse in Erinnerung. Besonders weist sie auf die Punkte wie

- Verbindliche und sanktionierbare Regelungen zum Erhalt und Ausbau von Mehrwegsystemen, insbesondere rechtliche Verankerung quantifizierbarer und messbarer Ziele für Mehrweg,
- Kennzeichnung der Getränkegebinde, um den Konsumenten eine klare Unterscheidbarkeit zwischen Einweg- und Mehrweggebinden zu ermöglichen,
- Bekanntgabe detaillierter und nachvollziehbarer Daten (Anzahl der Gebinde, Verteilung auf Füllgrößen und Gebindetypen etc.) der Wirtschaft an die Länder, die über die aktuelle Entwicklung der Mehrwegquoten im Getränkebereich Auskunft geben und
- Nennung jener konkreten Maßnahmen (und deren Wirkungen), die im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 20.1.2011 bisher umgesetzt wurden bzw. noch vorgesehen sind, damit eine Verbesserung des Mehrweganteils im Einzelhandel bewirkt werden kann,

hin und ersucht diese Maßnahmen nunmehr rasch umzusetzen.

Vermeidung von Einweg-Plastiksackerln

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft darauf hinzuwirken, dass

1. Österreich bei der Eindämmung der Plastiksackerln weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt und der Gebrauch von EINWEG-Plastiksackerln durch gezielte Lenkungsmaßnahmen (wie zB eine substanzielle Reduktion der kostenlosen Abgabe im Handel) weiter reduziert wird.
2. die Verwendung von hochwertigen MEHRWEG-Tragetaschen forciert wird und Kampagnen zur Bewusstseinsbildung über die Reduktion der Umweltauswirkungen bei öfter genutzten Tragetaschen durchgeführt werden.

Einheitliche Handlungsanleitung gegen illegale Abfalltransporte („Transwast“, „Kleinmaschinenprigarden“)

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ergänzend zu den bisher erarbeiteten Merkblättern die Erstellung einer Handlungsanleitung gegen illegale Abfalltransporte - in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit allen anderen betroffenen Bundesdienststellen und den Ländern - zu veranlassen. Dadurch soll eine österreichweit einheitliche Vorgehensweise gewährleistet und die Tätigkeit illegaler Abfallsammler noch effizienter eingedämmt werden.

Umsetzung neuer Rechtsrahmen Verpackungssammlung

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, im Rahmen der Umsetzung der Verpackungssammlung-Neu die Zielsetzung einer qualitativ und quantitativ möglichst hohen Erfassung von stofflich verwertbaren Fraktionen zu verfolgen.

EU-Programm „Saubere Luft für Europa“

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, gemeinsam mit den Ländern eine einheitliche Position zum Programm „Saubere Luft für Europa“, insbesondere zum Vorschlag für eine Revision der NEC-RL und der Richtlinie für mittelgroße Feuerungsanlagen erarbeiten zu lassen. Im Hinblick auf den Zeitplan der Gesetzgebung auf Europäischer Ebene wird die Plattform Saubere Luft beauftragt, bis Ende November 2014 einen Vorschlag für diese einheitliche Position vorzulegen.

Klagen der ASFINAG gegen Bundesländer aufgrund IG-L-Novelle 2010

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, auf die Frau Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie als Eigentümervertreterin der ASFINAG einzuwirken, um für alle Beteiligte kostspielige Verfahren zu beenden und die Klage zurückzuziehen. Des Weiteren soll auch bei einem Einstieg der Länder zur Mitnutzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen der ASFINAG, die unabhängig von IG-L – Kundmachungen gebaut wurden oder werden, diese Mitnutzung zur Kundmachung von IG-L – Beschränkungen - unter Refundierung daraus entstehender Zusatzkosten wie etwa der Programmierung und fairer anteiliger Betriebskosten - ermöglicht werden.

Einfluss der Fahrgeschwindigkeit auf den Schadstoffausstoß von KfZ

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz und der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betonen die positive Wirkung einer reduzierten Fahrgeschwindigkeit in Gebieten mit erhöhter Schadstoffbelastung auf verschiedene Umweltqualitätsziele und regen an, dies auf breiter Ebene gemeinsam zu kommunizieren. Dazu sollen unter Federführung des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft unter Einbindung der Länder Gespräche mit dem Herrn Bundesminister für Gesundheit und der Frau Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der ASFINAG, den Medien und Organisationen wie der Ärztekammer Österreich und den Verkehrsclubs geführt werden.

Programm "clean air policy package"

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, gemeinsam mit den Ländern eine österreichische Position zur EU-Richtlinie betreffend „Mittelgroße Feuerungsanlagen“ zu generieren. Die Plattform Saubere Luft wird beauftragt, einen diesbezüglichen Vorschlag zu erarbeiten.

Abgestimmte Klima- und Energiepolitik

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der Herr Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie die Frau Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie werden ersucht, unter Einbindung der Bundesländer

1) den Prozess für die Erstellung der nationalen Energiestrategie in engster Abstimmung unter den drei Bundesministerien zu gestalten um einen für die Politiken kohärenten Fahrplan zu ermöglichen

2) die Erarbeitung von Maßnahmenprogrammen nach dem Klimaschutzgesetz bis 2020 in engster Abstimmung mit der Erstellung von Nationalen Energieeffizienzaktionsplänen zu gestalten.

Dabei sind Synergien insbesondere bei der Einrichtung von Arbeits- bzw. Verhandlungsgruppen, der Erarbeitung und Formulierung der Maßnahmen, der Bereitstellung der Datenlage, der Berechnung der Zielwerte, der Einsparverpflichtungen, des Berichtswesens zu nutzen. Der besseren Übersichtlichkeit halber wäre es zudem von Vorteil, wenn Basisdaten sowie Einsparverpflichtungen sowohl in Treibhausgasäquivalenten als auch in Energieeinheiten angegeben werden.

Langfristige Klimaziele

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz bekennt sich zur Einhaltung des bei der Klimakonferenz in Cancun 2010 beschlossenen 2 Grad Ziels. Die Zielerreichung erfordert für die Industriestaaten Reduktionen bei den Treibhausgasemissionen im Ausmaß von zumindest 85% im Zeitraum 1990-2050 bzw. zumindest 40% im Zeitraum 1990-2030.

Problematische Ansätze wie Geo-Engineering, CCS-Technologien und Atomenergie sollen als Instrumente nicht zum Einsatz kommen. Die Zielerreichung muss vordringlich mit höherer Energieeffizienz, Energieeinsparung und mit Erneuerbaren Energieträgern gewährleistet werden. Die

LandesumweltreferentInnenkonferenz fordert die Bundesregierung auf, sich bei allen EU-internen und internationalen Verhandlungsprozessen dafür einzusetzen.

Für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik der EU erachtet es die LandesumweltreferentInnenkonferenz als notwendig, dass es, wie von der Landesenergiereferentenkonferenz am 7. April 2014 beschlossen, quantitative Ziele für die Bereiche Treibhausgasemissionen, Anteil Erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz für alle Mitgliedstaaten gibt.

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, sich bei der Gestaltung der künftigen EU-Klimapolitik für folgende Eckpfeiler einzusetzen:

Die Aufteilung eines Gesamtziels für Treibhausgasemissionen innerhalb der Mitgliedsländer muss jedenfalls auch die jeweils vorhandenen

Reduktionspotenziale berücksichtigen. Die im Laufe der Zeit steigenden

Reduktionserfordernisse erfordern zudem, dass die EU mit ihren vorhandenen Klimaschutzinstrumenten noch zielgenauer ihre Beiträge leistet. Diese Beiträge sollen bis auf die Ebene der Mitgliedsländer quantifiziert werden.

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, die Bereiche Klimaschutz, Mobilitäts- und Energiestrategie unter Einbindung der Länder optimal aufeinander abzustimmen. Sie betont, dass die auf EU-Ebene aus zu verhandelnden Länderziele jedenfalls in der Erarbeitung von nationalen Klima- und Energiekonzepten zu berücksichtigen sind.

Klima- und Energiefonds – Abstimmung mit den Ländern

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz begrüßt es, dass mit dem Klima- und Energiefonds (KLIEN) ein potentes Instrument zur Förderung von Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen sowie für entsprechende hochqualitative Forschungsprogramme geschaffen wurde und ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, sich für eine Beibehaltung der Dotierung des KLIEN einzusetzen. Die

LandesumweltreferentInnenkonferenz stellt aber auch fest, dass die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel sowohl des KLIEN als auch der korrespondierenden Länderaktivitäten durch Informationsaustausch und Abstimmung bereits im Planungsstadium einzelner Aktivitäten noch weiter gesteigert werden könnte. Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht daher den Herrn Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, in Abstimmung mit der Frau Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie und den Ländern eine geeignete Abstimmungsstruktur unter Nutzung bestehender Gremien einzurichten.

Klimawandelanpassung - Maßnahmen

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz erinnert an ihren Beschluss vom Juni 2012 mit dem Ersuchen an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit den Ländern in Gespräche mit dem Ziel eines konkreten Umsetzungsprogrammes zur Klimawandelanpassungsstrategie aufzunehmen, und hält diesen aufrecht. Da die Strukturen in den Ländern unterschiedlich sind, sollen die Gespräche seitens der Länder vorerst von den jeweiligen KlimaschutzkoordinatorInnen geführt werden, die für die Abstimmung mit den entsprechenden Fachdienststellen in den Ländern zu sorgen haben. Diese sind bei der Ausarbeitung von konkreten Umsetzungsschritten in geeigneter Weise beizuziehen.

Agenda 21 – Netzwerk Österreich

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz nimmt die Fortschritte und Entwicklungen im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozesses „Lokale Agenda 21“ sowie auch die Bemühungen des Bundes, dass Bürgerbeteiligungsprozesse im Sinne der Agenda 21 auch im Programm Ländliche Entwicklung 2014-2020 verankert sind, wertschätzend zur Kenntnis und unterstützt auch die zukünftige Verwendung der ELER Mittel für derartige Bürgerbeteiligungsprozesse.

Österreichische Aktionstage Nachhaltigkeit 4. bis 10.10.2013

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz nimmt den Bericht über die österreichischen Aktionstage Nachhaltigkeit im Jahr 2013 zur Kenntnis und befürwortet die zukünftigen Aktivitäten der Nachhaltigkeitskoordinatoren der Länder und des Bundes in der regelmäßigen Fortführung dieser jährlichen Initiative.

Klimaschutzgesetz – Maßnahmenprogramm 2015 bis 2020

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz nimmt den von Bund und Ländern gemeinsam erarbeiteten Kurzbericht zur Umsetzung des Maßnahmenpakets 2013/2014 zur Kenntnis.

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und die LandesumweltreferentInnen sehen die Notwendigkeit, dass gemeinsam unter Einbeziehung der anderen betroffenen Bundesministerien insbesondere des BMFW und des BMVIT ein wirksames Klimaschutz-Maßnahmenprogramm für die Jahre 2015 bis 2020 umgehend erarbeitet wird. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen in ihrer Gesamtheit und unter Fortführung von bestehenden Maßnahmen aus dem Maßnahmenprogramm 2013-2014 geeignet sein, die Ziele bis 2020 einzuhalten und einen langfristig sinkenden Emissionstrend im Sinne der EU-Ziele bis 2030 und 2050 einzuleiten.

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz verweist auf ihre diesbezüglichen Beschlüsse der Jahre 2012 und 2013 und die darin formulierten Maßnahmenanforderungen.

Ausbau des Atomkraftwerkes Paks in Ungarn

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, im Rahmen der bestehenden bilateralen Kontakte dem Staat Ungarn Informationen und Wissenstransfer über die Vorteile bei der Nutzung der Alternativenergie anzubieten und im laufenden Interreg – Programm Österreich /Ungarn 2014 – 2020 verstärkt einschlägige Projekte zu bewerben.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, eine Beschwerde bei der EU-Kommission wegen der Verletzung von Vergabe- bzw. Wettbewerbsregeln zu prüfen und das Prüfergebnis den Ländern bekanntzugeben.

Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) – Reform des EURATOM-Vertrags

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, alle erforderlichen Schritte zu setzen, um einen Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag erneut zu prüfen.

Sollte dies nicht möglich sein, ersucht die LandesumweltreferentInnenkonferenz die Bundesregierung, für eine umfassende Reform des EURATOM-Vertrages einzutreten und dabei ihr Stimmrecht zu nutzen, um Entscheidungen im Sinne Österreichs beeinflussen zu können.

Subvention von Kernenergie

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz bekräftigt ihren Beschluss zur Ablehnung jeglicher Subventionierung von Atomenergie.

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung daher erneut, auf europäischer Ebene eine starke Position gegen die Subventionierung von Atomenergie, für Energieeinsparung und für den Ausbau erneuerbarer Energien einzunehmen, schon im Vorfeld der Entscheidungen der EU-Kommission ein klares Nein zu entsprechenden Plänen zu kommunizieren und eine Allianz jener Mitgliedstaaten aufzubauen, die Wettbewerbsverzerrungen durch eine Milliarden subvention der Atomenergie ablehnen.

Im konkreten und aktuellen Fall der Genehmigung der Einspeisetarife für Hinkley Point C durch die EU-Kommission wird die Bundesregierung ersucht, eine Klage beim EuGH zu prüfen.

Sicherheit kerntechnischer Anlagen

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz tritt dafür ein, die Kräfte gegen die Atomenergie zu bündeln, verstärkt zusammenzuarbeiten und eine konkrete Absprache über Schwerpunktbildungen zu treffen, um ein europaweites, verbindliches und transparentes Nuklearsicherheitssystem für die EU zu erreichen und ausreichende Kontrollmöglichkeiten auf EU-Ebene zu implementieren. Der Herr Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, zu entsprechenden Koordinierungssitzungen einzuladen.

ESPOO-Verfahren (Finnland; nukleare Sicherheit)

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, bei grenzüberschreitenden UVP-Verfahren nach der ESPOO-Konvention dafür Sorge zu tragen, dass Kundmachungen in diesen Verfahren direkt vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als ESPOO-Kontaktstelle veranlasst werden.

Eine diesbezügliche Änderung des UVP-Gesetzes 2000 möge raschest in die Wege geleitet werden

Bundesgesetz über die Schaffung einer transeuropäischen Energieinfrastruktur

Die Überschneidungen der umzusetzenden EU-Infrastrukturverordnung mit dem bestehenden Genehmigungsregime des UVP-G 2000 erfordern einen gezielten und abgestimmten Gesetzesentwurf.

Die Bundesländer lehnen einen Eingriff in ihre bestehenden Kompetenzen ab. Die Einführung eines zweiten (schnelleren) „Über-UVP-Verfahrens“ ist nicht zielführend. Die Bundesländer setzen sich für eine Umsetzung der EU-Infrastrukturverordnung innerhalb des bestehenden Genehmigungsregimes des UVP-G durch Anpassung der dortigen Bestimmungen ein. Die Bundesländer stehen vor allem den geplanten Durchgriffsrechten des und der Devolution an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft kritisch gegenüber. Der Herr Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, diese Haltung der Bundesländer zu unterstützen und an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft heranzutragen.

Das Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, über den aktuellen Stand der Gespräche zu informieren und die Länder in die Beratungen einzubeziehen.

Licht – zunehmende Aufhellung durch künstliches Licht

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz erachtet es für sinnvoll, dass sich die Länder mit der Thematik „Aufhellung durch künstliches Licht“ in bestehenden Gremien auf fachlicher Ebene befassen.

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, dieses Thema gemeinsam mit den Ländern aufzugreifen, um eine abgestimmte Vorgangsweise in der Zukunft zu ermöglichen. Als eine konkrete Maßnahme wird die Prüfung einer bundesweiten Vorgehensweise zur Regelung von Nachtabschaltungen von nicht notwendigen Beleuchtungen unter Beachtung von Sicherheitsaspekten vorgeschlagen.

Legislative Umsetzung der Aarhus-Konvention, insbesondere der Regelungen zum Rechtsschutz

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, zur Weiterführung der Thematik der Umsetzung der Aarhus-Konvention eine Arbeitsgruppe unter Einbindung der Länder einzurichten.

Legislative Umsetzung der völker- und unionsrechtlichen Vorgaben im Bereich Zugang zu Umweltinformationen

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,

- die begonnenen Arbeitsschritte zwischen Bund und Ländern im Bereich Zugang zu Umweltinformationen weiterzuführen;
- mitzuteilen, welchen Einfluss das geplante Informationsfreiheitsgesetz auf den Zugang zu Umweltinformationen und den korrespondierenden Rechtsschutz hat.

Bundesfördermittel für die Siedlungswasserwirtschaft

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz unterstützt den Beschluss der Landesfinanzreferentenkonferenz vom 9. Mai 2014 (VSt-3855/14 vom 12.5.2014) und fordert den Bund auf, im Zuge der Verlängerung der FAG-Periode bis Ende 2016 auch das Umweltförderungsgesetz so zu novellieren, dass für den Bereich der Siedlungswasserwirtschaft in den Jahren 2015 und 2016 jeweils Fördermittel zumindest in derselben Höhe wie 2014 zur Verfügung gestellt werden.

Gentechnik: Verankerung des Selbstbestimmungsrechtes der Regionen

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz unterstützt den Herrn Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, im Rat darauf hinzuwirken, den Mitgliedstaaten ein uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht bezüglich des Nichtanbaus von GVO zu gewähren.

Zusammenlegung der LandesnaturschutzreferentInnenkonferenz mit der LandesumweltreferentInnenkonferenz

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz befürwortet eine künftige gemeinsame Abhaltung der Tagungen der LandesumweltreferentInnenkonferenz und der LandesnaturschutzreferentInnenkonferenz, sofern die Themen inhaltlich getrennt werden.

Ausstieg aus der Verwendung bleihaltiger Munition

Die LandesumweltreferentInnenkonferenz bekennt sich gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft dazu, die Bestrebungen zur Reduzierung der Umweltbelastungen durch Blei in der Munition zu forcieren, damit mit entsprechenden Übergangsfristen mittelfristig ein Umstieg auf bleifreie Munition möglich ist.

Es wird angeregt die Industrie aufzufordern, nachhaltige Lösungen für bleifreie Munition für alle Kaliber zu entwickeln, damit eine wirksame weidgerechte Jagd gewährleistet ist.

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird um einen Bericht über die Umsetzung dieser Forderung bei der nächsten Tagung der LandesumweltreferentInnenkonferenz 2015 ersucht.